

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 28.05.2025

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 Dessau-Roßlau

Leitung der Sitzung: Herr Rumpf Vorsitzender des Stadtrates
Frau Koschig 1. Stellvertreterin
Herr Bernstein 2. Stellvertreter

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, eröffnet die Sitzung um 16:08 Uhr, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 40 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung, nachdem Wortmeldungen nicht erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

3 Berichte des Oberbürgermeisters

3.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende wichtige Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 01.05. bis 28.05.2025.

Im Zeitraum fanden 35 Einbürgerungen aus Russland, Syrien, Afghanistan, Benin, Pakistan, Vietnam, Türkei, Aserbaidschan, Griechenland, Ukraine, Polen, Kosovo, Bulgarien, Niger sowie Indonesien statt. Er erwähnt den Tag der Städtebauförderung, den 43. Hauptausschuss des Deutschen Städtetages, den 11. Dessauer Firmenlauf, eine Fahrt nach Weimar anlässlich des 100-jährigen Bauhaus-Jubiläums, die Unterstützung der Mitteldeutschen Regionalkonferenz der

Wirtschaftsunion sowie eine Auftaktveranstaltung beim Bundespräsidenten zum Ehrentag für alle. Außerdem berichtet er vom Tag der offenen Tür im Rathaus am 24.05.2025, begleitet vom Sport- und Kulturfest. Ferner weist auf kommende Veranstaltungen hin, u. a. das Hugo-Junkers-Flugplatzfest vom 07. bis 08.06.2025 sowie das Stadtfest vom 04. bis 06.07.2025, welches auf der Zerbster Straße, Ratsgasse und auch im Umfeld vom Bauhausmuseums stattfinden wird.

3.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 30.04.2025 bekannt:

- Unternehmensangelegenheiten
 - o Abberufung des Ärztlichen Direktors und 1. Betriebsleiters des Städtischen Klinikums Dessau und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses
 - o Abberufung des Geschäftsführers der MVZ SKD gGmbH und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses
 - o Befristete Verlängerung des Geschäftsführungsvertrages bei der MVZ SKD gGmbH
 - o Abberufung des Pflegedienstleiters Städtischen Klinikums Dessau und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses
 - o Bestellung der Geschäftsführung der MVZ SKD gGmbH
 - o Kündigung von Kooperationsverträgen mit der Medizinischen Hochschule Brandenburg
 - o Grundsatzbeschluss zur Kooperation des SKD mit der Universität Magdeburg
- Grundstücksverkauf im Bereich des Industrie- und Gewerbegebietes Flugplatz Dessau
- Bericht zum Stand der Informationssicherheit in der Stadt Dessau-Roßlau.

3.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über seine Eilentscheidung über die Rückzahlung von Fördermitteln im Baubereich.

4 Einwohnerfragestunde

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes (16:17 Uhr) erscheint Herr Focke, Fraktion CDU, zur Sitzung. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder erhöht sich auf 41.

Herr Hans-Jörg Bliesener hat folgende Fragen:

1. Entwickelt die Stadt ein Sicherheitskonzept, auf das Betreiber von Märkten und Aktionen jedweder Form zugreifen können oder muss jeder Betreiber alleine sehen, wo er bleibt?

Da das Anhaltische Theater und auch die DeKiTa überwiegend mit Steuermitteln betrieben werden und Vertreter der Stadt in den Aufsichtsräten sitzen, kann die Stadt hinwirken, dass die Veranstaltungen, Kinderfeste und Eröffnung der Spielsaison in der Innenstadt verbleiben.

2. Wird das drei Jahre alte Poller-Konzept nach den neuen Erkenntnissen aus Magdeburg überarbeitet und wann umgesetzt?
3. Gibt es bis dahin Absperrmaterial wie Betonblöcke oder Ähnliches, welche Betreiber nutzen können?

Ein Angebot soll nach seiner Information hierfür vorliegen.

Zum Hintergrund seiner Fragen führt Herr Bliesener aus:

Der Terrorakt in Magdeburg ist für alle sehr erschreckend und sehr einschneidend. Infolgedessen mussten alle Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen in der Innenstadt durch die Stadt überarbeitet werden. Die Stadt plant beispielsweise seit über drei Jahren, zur Verkehrsberuhigung höhenverstellbare Poller zu setzen. Nach seiner Ansicht dauert dies viel zu lange, da das Sicherheitsproblem jetzt besteht.

Wenn alle Veranstaltungen in den Tierpark verlegt werden, wie beispielsweise der Weihnachtsmarkt, der Bauernmarkt und die Kirmes, dann hat die Innenstadt hierdurch irgendwann 300.000 bis 500.000 weniger Besucher, die nicht durch den Handel initiiert zu Besuch kommen, aber letztendlich durch diese Veranstaltungen. Eine belebte Innenstadt stellt eine Symbiose dar, da 300.000 weniger Besucher im Rathauscenter ein Minus von knapp sieben Prozent bedeuten. Damit würden sicher 10 bis 20 Geschäfte „wackeln“. Mit dieser langsamen Vorgehensweise wird der Handel in der Innenstadt riskiert.

Auf viele Fragen konnten die Antworten in der heutigen Zeitung gelesen werden. Er betont noch einmal, dass ihm die Vorgehensweise deutlich zu langsam ist. Für 2025 wird eine flexiblere Lösung benötigt, auch wenn Sicherheitspoller geleast werden sollen. Es gibt Märkte, verkaufsoffene Sonntage sowie den Weihnachtsmarkt. Die Stadt kann es sich nicht leisten, den Handel derart zu riskieren, da er zu 70 Prozent zur Belebung der Innenstadt beiträgt (Gastronomie, Grünflächen und Sauberkeit zu 18 Prozent). Wackelt der Handel, wackelt eine lebendige Stadt Dessau.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bezieht sich auf die Fragen zum Anhaltischen Theater und zur DeKiTa. Zum Anhaltischen Theater stellt sich die Frage, ob die Stadt darauf hinwirken kann, dass die Veranstaltungen in der Innenstadt verbleiben. Grundsätzlich kann ein Träger auf alles hinwirken. Dieses Jahr geht das Anhaltische Theater in den Tierpark, nach seiner Kenntnis fand in der Vergangenheit jedoch das Eröffnungskonzert außerhalb der Handelszeiten statt. Die Botschaft versteht Herr Dr. Reck jedoch sehr wohl. Im nächsten Jahr muss entschieden werden, ob und wie es sich anders gestalten lässt. Letztendlich ist es immer eine Abwägungsentscheidung, da bei einem Eröffnungskonzert mit diesen immensen Menschenansammlungen die Sicherheitskosten im sechsstelligen Bereich für einen Abend liegen. Die DeKiTa hat in der Vergangenheit immer selbst entschieden, wo die Veranstaltungen stattfinden, wie beispielsweise im Tierpark oder Stadtpark. Eine Betriebsleitung diesbezüglich anzuweisen ist eher ungewöhnlich, da diese die Entscheidungen eigenverantwortlich trifft; möglich ist es jedoch. Die weit überwiegende Anzahl an Veranstaltungen wird in der Innenstadt stattfinden, wie das Stadtfest, die Sommerlounge, der Weihnachtsmarkt. Zum Thema „Sicherheitskonzept“ gibt es immer einen Katalog, der abzarbeiten ist. Zu weiteren Ausführungen hierzu übergibt er das Wort an Herrn Horváth.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, kann die Frage, ob die Stadt ein Sicherheitskonzept vorhält, auf das jeder Veranstalter zugreifen kann, nur mit Nein beantworten. Jede im öffentlichen Raum stattfindende Veranstaltung muss individuell betrachtet und für die jeweilige Fläche ein abgestimmtes Konzept (Fluchtwege, Katastrophensituationen) dargelegt werden, wie es auch so schon in der Vergangenheit gehandhabt wurde. Einzig die Betrachtung der beschriebenen neuen Erkenntnisse und Sachlagen müssen jetzt einfließen (Zuwege, Öffnungen). Wie in den verschiedenen Ausschüssen bereits berichtet, läuft der Prozess in Zusammenarbeit mit dem Baudezernat, im Innenstadtbereich zum permanenten Schutz vor beweglichen Fahrzeugen, Polleranlagen zu installieren. Auch der Stadtpark wird in die Betrachtung einbezogen.

In seiner Nachfrage bezieht sich **Herr Bliesener** auf die vor etlichen Jahren bereitgestellte Möglichkeit für Marktbetreiber, Wasser- und Stromleitungen zu verlegen. Er möchte wissen, ob als dritte Komponente für die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Marktplatz und im Stadtpark angedacht ist, grundsätzlich ein Sicherheitskonzept zu initiieren, auf das zurückgegriffen werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Poller, wie von Herrn Horváth ausgeführt, permanent bei Veranstaltungen vorhanden sind. Damit sind die grundsätzlichen Voraussetzungen erfüllt, die es den Veranstaltungen erleichtern, Sicherheitskonzepte umzusetzen. Die Vorlage eines erarbeiteten Sicherheitskonzeptes ist Teil des Verfahrens. Durch das Vorhandensein der Poller müssen keine zusätzlichen Absperrungen oder Sicherheitskräfte angemietet werden, was sich erleichternd auf die Sicherheitsplanung der Veranstaltung auswirkt. Die Sicherheitsanforderungen für Großveranstaltungen stellen jedoch eine größere Herausforderung dar. Als Beispiel für die gute Umsetzung kleinerer Formate benennt

er die Veranstaltung des Behindertenverbandes im Stadtpark. Er betont, dass die Behörden daran interessiert sind, Veranstaltungen stattfinden zu lassen. Es besteht Einigkeit darüber, dass das kulturelle und soziale Leben in den Stadtzentren nicht zum Erliegen kommen soll. Im Rahmen der Möglichkeiten als Kommune kann unterstützend mitgewirkt werden, zu einem Musterkonzept kann jedoch nur orientierend Hilfe bereitgestellt werden. Zum diesjährigen Karnevalsumzug wurde ein Sicherheitskonzept mit völlig neuen Rahmenbedingungen erarbeitet, bei dem die Stadt in die finanzielle Verantwortung gegangen ist und externe Partner eingebunden hat. Derartige Konzepte können in den Folgejahren wiederverwendet werden, was es leichter macht, Sicherheitsaspekte umzusetzen. Eine Kommune kann es jedoch nicht leisten, die vollständigen Kosten für jede Veranstaltung zu übernehmen. Für die Veranstaltungen der Stadt wird selbstverständlich die Verantwortung hierfür übernommen.

Der Bürger erachtet seine Fragen damit als beantwortet.

Ein weiterer Bürger, **Herr Peter Lummitsch**, berichtet von Wildschäden auf seinen Ackerflächen in den Jahren 2022, 2023 und 2024. Diese sind in der Stadtverwaltung bekannt, wurden jedoch bis heute nicht hinreichend bearbeitet. Es sind bisher lediglich Kosten auf ihn zugekommen. Er möchte wissen, ob es üblich ist, so mit dem Bürger zu verfahren und die Bearbeitung derart auf die lange Bank zu schieben. Nach Ablauf der dreijährigen Verjährungsfrist hat er das Nachsehen und kann dann seine Landwirtschaft an den Nagel hängen.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, zeigt sich verwundert, da man sich bezüglich des Sachverhalts in enger Abstimmung befindet. Die Angelegenheit ist in Bearbeitung, zumal der Bürger anwaltliche Hilfe in Anspruch nimmt.

Der Bürger zeigt sich erfreut darüber, dass sich die Angelegenheit in Bearbeitung befindet und betont noch einmal, dass er bisher bis auf Kosten keine Rückmeldung, mit Ausnahme von Seiten seines Anwalts, erhalten hat. Er verweist erneut auf die abgelaufene Verjährungsfrist und bittet um Verständnis.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, regt an, dem Bürger einen schriftlichen Sachstandsbericht zu übermitteln. Herr Lummitsch begrüßt dies. **Herr Horváth** sichert dies zu.

Zum Ende des Tagesordnungspunktes (16:26 Uhr) erscheint Herr Paul, Fraktion AfD, zur Sitzung. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder erhöht sich auf 42.

5 Beschlussfassungen

5.1 Rücktritt und Neuwahl von stimmberechtigten Mitgliedern sowie Stellvertretern des Jugendhilfeausschusses Vorlage: BV/077/2025/I-07

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf stellt zu Beginn klar, dass die Beschlussvorlage in Teilen geändert wird. Die schriftlich vorliegenden Rücktritte der Ausschussmitglieder müssen nicht mehr beschlossen werden und gelten daher als aus der Vorlage gestrichen. Betroffen sind die Rücktritte von Herrn Graßmann (stimmberechtigtes Mitglied), Herrn Dr. Joachim Nothdurft (Stellvertreter) und Herrn René Diederling (Stellvertreter für Herrn Rother).

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, präzisiert, dass die Punkte 1, 2, 3 und 6 der Vorlage entfallen. Zur Abstimmung stehen demnach nur noch die Punkte 4, 5 und 7.

Nach einer Aussprache erläutert **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, das Verfahren zur Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellt klar, dass die Wahl gemäß den Bestimmungen des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) sowie auf Grundlage des Hare-Niemeyer-Verfahrens erfolgt. Entsprechend der Sitzverteilung im Stadtrat stehen den Fraktionen bestimmte Plätze im Ausschuss zu, wobei die Mitglieder namentlich benannt und vom Stadtrat gewählt werden müssen. Der Stadtratsvorsitzende betont die Möglichkeit zur politischen Auseinandersetzung, warnt jedoch vor pauschaler Ausgrenzung einzelner Fraktionen.

Zur Wahl stehen drei Personalvorschläge:

1. Herr René Diedring als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.
2. Herr Dr. J. Nothdurft als stellvertretender Vertreter für Herrn Diederling.
3. Herr Andreas Mrosek als stellvertretender Vertreter für Herrn Jesus Rother.

Die Wahl erfolgt mittels drei separater Stimmzettel, auf denen jeweils ein Kreuz bei „Ja“ oder „Nein“ möglich ist. Die Abstimmung soll offen durchgeführt werden, sofern kein Widerspruch erfolgt.

Während des Tagesordnungspunktes (16:40 Uhr) erscheint Frau Dr. Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, zur Sitzung. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder erhöht sich auf 43.

Die Stimmzählkommission wird entsprechend angepasst, da Herr Dr. J. Nothdurft selbst zur Wahl steht und somit nicht mitwirkt. Die anwesenden Mitglieder der Kommission sind: Frau Koschig, Herr Kellner und Herr Dr. Brozowski.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch stellt der Stadtratsvorsitzende fest, dass 43 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend sind. Für eine erfolgreiche Wahl ist somit eine Mehrheit von mindestens 22 Stimmen erforderlich.

Es beginnt die Abstimmung über die Wahl von Herrn René Dietring als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Die Stimmzettel werden von der Stimmzählkommission (Frau Koschig, Herr Kellner, Herr Dr. Brosowski) ausgeteilt, eingesammelt und ausgezählt.

Ergebnis der ersten Abstimmung:

- Abgegebene Stimmen: 43
- Ungültige Stimmen: 4
- Ja-Stimmen: 15
- Nein-Stimmen: 24

Da die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wird, ist Herr René Diederling nicht gewählt.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/die GRÜNEN, meldet sich zur Geschäftsordnung. Er beantragt, die Abstimmung zu unterbrechen und neue Stimmzettel mit korrekter Beschriftung zu erstellen, da ein Stellvertreter nicht für eine nicht gewählte Person gewählt werden könne.

Nach einer ausführlichen Erörterung empfiehlt **Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes,** den zweiten Wahlgang abzusetzen und über den Geschäftsordnungsantrag abzustimmen. Stattdessen solle der dritte Wahlgang durchgeführt werden, bei dem ein Stellvertreter für ein gewähltes Mitglied bestimmt werden solle – konkret: Herr Andreas Mrosek als Stellvertreter für Herrn Jesus Rother.

Der Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Stadtrat Fricke,** wonach die Wahl des Stellvertreters für Herrn Diederling – der selbst nicht gewählt wurde – nicht durchgeführt werden soll, wird zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen. Die Wahl wird nicht durchgeführt, und der dritte Stimmzettel zur Wahl des Stellvertreters für Herrn Rother wird verteilt.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf bittet die Zählkommission, die Stimmzettel einzusammeln. Nach einer kurzen Pause verkündet er das Ergebnis: Es wurden 43 Stimmen abgegeben, davon 19 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Damit ist die Wahl formal durchgeführt, jedoch ist Herr Mrosek nicht gewählt.

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

5.2 Neubesetzung von Ausschüssen **Vorlage: BV/121/2025/I-07**

Vor der Abstimmung verlassen Herr Ratzmann, Fraktion AfD, Herr Mrosek, Fraktion AfD, sowie Herr Diedering, Fraktion AfD, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 40 stimmberechtigte Mitglieder.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Freies-Bürger-Forum werden folgende Ausschüsse neu besetzt:

1. Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Marianne Richter
Stellvertretung: Herr Hendrik Weber

2. Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Ulrike Brösner

3. Ausschuss für Kultur und Sport

Stimmberechtigtes Mitglied: Herr Dr. Frank Brozowski

4. Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Marianne Richter

5. Betriebsausschuss Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten

Stellvertretung: Frau Ulrike Brösner

6. Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Marianne Richter

7. Betriebsausschuss Städtisches Klinikum

Stellvertretung: Herr Hendrik Weber

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

5.3 Abberufung und Berufung sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt
Vorlage: BV/128/2025/I-07

Beschluss:

1. Der Stadtrat beruft für den Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt auf Vorschlag der Fraktion Freies-Bürger-Forum folgende sachkundige Einwohnerin ab:

Frau Marianne Richter

2. Der Stadtrat beruft für den Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt auf Vorschlag der Fraktion Freies-Bürger-Forum folgenden sachkundigen Einwohner:

Herrn Jörg Engler.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

5.4 Bauleitplanverfahren zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Ortschaft Brambach – Einleitung und frühzeitige Beteiligung
Vorlage: BV/012/2025/I-61

Herr Diedering, Fraktion AfD, Herr Mrosek, Fraktion AfD, sowie Herr Ratzmann, Fraktion AfD, erscheinen zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 43 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einem Meinungsaustausch wird die vorliegende Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Zur Förderung der nach § 1 Absatz 5 Baugesetzbuch der Bauleitplanung zugewiesenen Aufgaben des Klimaschutzes und der Klimaanpassung wird dem in der Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Antrag der Kronos Solar Projects GmbH auf Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage im Ortsteil Brambach zugestimmt.

2. Für das als Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet wird beschlossen:
 - den Bebauungsplan Nr. 231 "Freiflächenphotovoltaikanlage Brambach" aufzustellen und parallel dazu
 - die 17. Änderung des Flächennutzungsplans des Stadtteils Dessau einzuleiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Antragstellerin einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten abzuschließen.
4. Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 231 "Freiflächenphotovoltaikanlage Brambach" und die Einleitung der 17. Änderung des Flächennutzungsplans des Stadtteils Dessau ist ortsüblich bekannt zu machen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit vorzubereiten und ihre Durchführung fristgerecht ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 33:07:03

**5.5 Bauleitplanverfahren zur Errichtung einer
Freiflächenphotovoltaikanlage in der Ortschaft Neeken – Einleitung
und frühzeitige Beteiligung
Vorlage: BV/013/2025/I-61**

Herr Rumpf, Fraktion CDU, fragt nach dem Gelände des Modellflugklubs "Hugo Junkers", der sich im betroffenen Bereich befindet. Er erkundigt sich, ob der Zugang zum Gelände künftig mit einem Schlüssel möglich sei – insbesondere, da Modellflugzeuge gelegentlich außerhalb der vorgesehenen Landeflächen landen.

Auf Vorschlag des Stadtratsvorsitzenden wird dem anwesenden Investor Rederecht erteilt – es erfolgt kein Widerspruch aus dem Gremium.

Ein Vertreter des Investors erklärt, dass bereits ein Austausch mit dem Modellflugklub stattfindet. Der bestehende Vereinsbetrieb mit Genehmigung wird berücksichtigt und weiterhin möglich sein. Eine Erschließung des Areals sei vorgesehen. Zwar seien gewisse Restriktionen durch die Anlage nicht auszuschließen, jedoch soll der genehmigte Flugbetrieb gesichert bleiben. Die konkrete Umsetzung erfolgt in den weiteren Planungen im Rahmen des nun eingeleiteten Verfahrens.

Danach wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

1. Zur Förderung der nach § 1 Absatz 5 Baugesetzbuch der Bauleitplanung zugewiesenen Aufgaben des Klimaschutzes und der Klimaanpassung wird dem in der Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Antrag der Kronos Solar Projects GmbH auf Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage im Ortsteil Neeken zugestimmt.
2. Für das als Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet wird beschlossen:
 - den Bebauungsplan Nr. 232 "Freiflächenphotovoltaikanlage Neeken" aufzustellen und parallel dazu
 - die 18. Änderung des Flächennutzungsplans des Stadtteils Dessau einzuleiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Antragstellerin einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten abzuschließen.
4. Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 232 "Freiflächenphotovoltaikanlage Neeken" und die Einleitung der 18. Änderung des Flächennutzungsplans des Stadtteils Dessau ist ortsüblich bekannt zu machen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit vorzubereiten und ihre Durchführung fristgerecht ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 32:08:03

5.6 Unternehmensangelegenheiten – Bestellung des Pflegedirektors des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/134/2025/I-SKD

Nach einer kurzen Einführung durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt zum 01.06.2025 der Bestellung von Frau Michaela Ewald zum Pflegedienstleiter des Städtischen Klinikums zu.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

5.7 Bildung einer Rücklage für Gewinne der Betriebe gewerblicher Art (BgA) der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/099/2025/II-20

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau beschließt, dass für die Gewinne im Veranlagungsjahr 2024 aller BgA's (Regiebetriebe) der Stadt Dessau-Roßlau eine Rücklage gebildet wird. Diese Gewinne sollen dem jeweiligem BgA als Eigenkapital weiterhin zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

5.8 Bestimmung des Kandidaten der Stadt Dessau-Roßlau und der persönlichen Stellvertreterin für die Wahl in den Verbandsausschuss des Unterhaltsverbandes Taube-Landgraben
Vorlage: BV/094/2025/III-66

Beschluss:

1. Der Beschluss der BV 277/2024/III-66 wird in Bezug auf die Vertreter für die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverband Taube-Landgraben aufgehoben.
2. Die im folgenden benannten Mitarbeiter der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau werden als Kandidat der Stadt Dessau-Roßlau und der persönlichen Stellvertreterin für die Wahl in den Verbandsausschuss des Unterhaltsverbandes Taube-Landgraben bestimmt:
 - Herr Lehmann als Kandidat
 - Frau Szmais als persönliche Stellvertreterin

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

5.9 Maßnahmenbeschluss Klimaanpassungsmaßnahmen im Georgengarten
Vorlage: BV/079/2025/III-67

Nach einer kurzen Aussprache wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Durchführung der Klimaanpassungsmaßnahmen im Georgengarten in den Jahren 2024 bis 2027 wird beschlossen und mit der Entwicklungspflege in den Jahren 2028 bis 2029 abgeschlossen.
2. Die Maßnahmenumsetzung in den Jahren 2024 bis 2027 erfolgt entsprechend dem Bewilligungsbescheid für die Klimaanpassungsmaßnahmen in Höhe von 1.398.119,26 EUR, davon 1.188.401,37 EUR Fördermittel (85%) und 209.717,89 EUR Eigenmittel (15%).

3. Die zweijährige Entwicklungspflege von 2028 bis 2029 ist nicht förderfähig und wird in Höhe von 233.832,55 EUR aus Eigenmitteln geplant (100%).

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**5.10 Erste Novellierung des Maßnahmenbeschlusses für die
Umgestaltung des Umfeldes am Historischen Arbeitsamt
Vorlage: BV/113/2025/III-67**

Beschluss:

Die Kosten für die Umgestaltung des Umfeldes am Historischen Arbeitsamt erhöhen sich von geplanten 591.900 EUR auf 776.000 EUR. Die Erhöhung wird in Summe 184.100 EUR über eine überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2025 abgedeckt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**5.11 Unterbringung der Bewohner/innen aus der Gemeinschaftsunterkunft
am Standort Rosenhof 7 in Dessau-Roßlau ab 01.01.2026
Vorlage: BV/091/2025/IV-50**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Unterbringung der Bewohner/innen aus der Gemeinschaftsunterkunft am Standort Rosenhof 7 in Dessau-Roßlau ab 01.01.2026 gemäß den Anlagen 1 bis 3 (drei Standorte).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung zur Vergabe für den Wachschatz auf Grundlage der Leistungsbeschreibung gemäß Anlage 4 durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung zur Vergabe für den Betrieb und die soziale Betreuung wohnungsloser Personen auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung gemäß Anlage 5 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:02

**5.12 Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten (DeKiTa)
Vorlage: BV/027/2025/IV-DKT**

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2022 einschließlich Lagebericht des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten mit einer Bilanzsumme in Höhe von 38.335.977,79 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 9.526,59 EUR wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

**5.13 Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten (DeKiTa) - Ergebnisverwendung
Vorlage: BV/026/2025/IV-DKT**

Beschluss:

1. Der Jahresüberschuss i. H. v. 9.526,59 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen und wird unmittelbar zur Verrechnung mit Verlusten künftiger Jahre herangezogen.
2. Zur Finanzierung der Abschreibungen, die auf Grund von Investitionen aus Eigenmitteln in 2022 entstanden sind, werden 17.017,70 EUR aus der Sonderrücklage für Investitionen entnommen und der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.
3. Es wird beschlossen, dass künftig Abschreibungen, die auf Investitionen aus Eigenmitteln zurückzuführen sind, regelmäßig durch Entnahmen aus der Sonderrücklage für Investitionen finanziert und der zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden, ohne dass hierfür jeweils ein gesonderter Einzelbeschluss erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

**5.14 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten (DeKiTa) für das Jahr 2022
Vorlage: BV/028/2025/IV-DKT**

Beschluss:

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten für das Jahr 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

**5.15 Kommunalverfassungsverstreit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dessau-
Roßlau gegen den Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/132/2025/V-StR**

Beschluss:

1. Der Stadtrat tritt der Klage der AfD-Fraktion vor dem Verwaltungsgericht Halle zum Az.: 3 A 94/25 HAL entgegen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Amtsleiterin des Rechtsamtes der Stadt Dessau-Roßlau mit seiner Vertretung vor dem Verwaltungsgericht Halle. Für den Fall der Abwesenheit der Amtsleiterin wird die stellvertretende Amtsleiterin des Rechtsamtes mit der Vertretung in diesem Verfahren beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 34:09:00

**5.16 Kommunalverfassungsverstreit des Stadtrates Michael Fricke gegen den Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau u. a.
Vorlage: BV/133/2025/V-StR**

Beschluss:

1. Der Stadtrat tritt der Klage des Stadtrates Michael Fricke vor dem Verwaltungsgericht Halle zum Az. 3 A 102/25 HAL entgegen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Amtsleiterin des Rechtsamtes der Stadt Dessau-Roßlau mit seiner Vertretung vor dem Verwaltungsgericht Halle. Für den Fall der Abwesenheit der Amtsleiterin wird die stellvertretende Amtsleiterin des Rechtsamtes mit der Vertretung in diesem Verfahren beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 32:08:03

**5.17 Dessau-Roßlau respektiert die deutsche Rechtschreibung - keine "Gendersprache" in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
Vorlage: FV/004/2025/CDU**

Herr Adamek, Fraktion CDU, führt in die Fraktionsvorlage ein. Die Fraktion kündigt an, sich voraussichtlich nicht an möglichen Änderungsanträgen zu beteiligen.

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, stellt folgenden Änderungsantrag:

Der erste Abschnitt des CDU-Antrags soll erhalten bleiben.

Der zweite Abschnitt wird gestrichen.

Im dritten Abschnitt wird das *generische Maskulinum* durch das *generische Femininum* ersetzt.

Ergänzend soll die Stadt in ihrer Kommunikation auch explizite Paarformen wie „Bürgerinnen und Bürger“ verwenden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt einen Änderungsantrag, welcher bereits im Haupt- und Personalausschuss gestellt wurde:

„Die Schreiben sind sachlich, kurz, barrierearm und erschöpfend zu fertigen. Auf höfliche Ausdrucksweise ist Wert zu legen. Bei der Formulierung ist auf die Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu achten beziehungsweise auf geschlechtsneutrale Formulierungen zurückzugreifen.“

Der Stadtratsvorsitzende möchte erfahren, wo diese Ergänzung erfolgen soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass es sich um eine Ergänzung innerhalb einer bereits durch ihn erlassenen Verwaltungsanordnung handle, eine Abstimmung im Rat sei formal nicht erforderlich, werde aber angeboten.

Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch zieht Herr Stadtrat Nolte seinen Änderungsantrag zurück, da der Antrag von Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck weitergehend ist.

Der Änderungsantrag von Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck wird zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (20:17:06).

Danach wird die Fraktionsvorlage in der geänderten Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau orientiert sich ab sofort in ihrer analogen und digitalen Kommunikation nach innen und außen ausschließlich an den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung. Die Webseite der Stadt ist entsprechend zu überarbeiten.

Die Allgemeine Geschäftsordnung der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau ist folgendermaßen anzupassen:

„Die Schreiben sind sachlich, kurz, barrierearm und erschöpfend zu fertigen. Auf höfliche Ausdrucksweise ist Wert zu legen. Bei der Formulierung ist auf die Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu achten bzw. auf geschlechtsneutrale Formulierungen zurückzugreifen.“

Abstimmungsergebnis: 20:16:07

Nach diesem Tagesordnungspunkt unterbricht der Stadtratsvorsitzende die Sitzung um 18:18 Uhr für eine 14-minütige Pause. Die Sitzung wird um 18:32 Uhr fortgesetzt.

5.18 Beflagung Dienstgebäude und Liegenschaften der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: FV/008/2025/AfD

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, führt ausführlich in die Fraktionsvorlage ein.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf mahnt nach einer umfassenden Diskussion, aufgrund einer unsachlichen Bemerkung von **Herrn Stadtrat Mrosek** auf, nicht persönlich zu werden.

Frau Marx, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, möchte erfahren um welche Flagge hier im konkreten Fall gesprochen wird, da es Unterschiede zwischen der Bundesdienstflagge sowie der „Volksflagge“ gibt.

Nach einem weiteren Wortwechsel wird von Herrn Stadtratsvorsitzenden Rumpf eine sachliche Erläuterung zur Unterscheidung von Bundesflagge, Nationalflagge und Bundesdienstflagge abgegeben. Letztere dürfe nur von staatlichen Stellen geführt werden, da sie den Adler enthält.

Herr Stadtrat L. Nothdurft stellt, nach einem erneuten Meinungsaustausch, als Einreicher der Vorlage, den Beschlusstext wie folgt um:

„Dienstgebäude und Liegenschaften der Stadt Dessau-Roßlau sind, soweit ein Fahnenmast vorhanden ist, ganzjährig mit der Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold zu beflaggen.“

Der Stadtratsvorsitzende bringt nach einem weiteren Diskurs die überarbeitete Fassung der Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Dienstgebäude und Liegenschaften der Stadt Dessau-Roßlau sind, soweit ein Fahnenmast vorhanden ist, ganzjährig mit der Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold zu beflaggen.

Abstimmungsergebnis: 10:21:12

Die Fraktionsvorlage ist abgelehnt.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, weist auf Probleme mit Schwarzwild in Kleinkühnau hin, die Zäune durchbrechen und Schäden verursachen. Gespräche mit dem Stadtheger seien geführt, eine koordinierte Unterstützung durch die Verwaltung sei jedoch notwendig.

Zum Sicherheitskonzept für den Marktplatz schlägt er ein Treffen der Verwaltung, Veranstalter und den Akteuren vor, um offene Fragen zu klären und Missverständnisse zu vermeiden.

Er äußert Bedenken wegen eines Artikels in der Mitteldeutschen Zeitung über den „Therapieplan für das Klinikum“, der vertrauliche Gremiensitzungen öffentlich

gemacht habe. Die Veröffentlichung sei teilweise sachlich falsch und behindere die Arbeit der Klinikleitung. Er erinnert an die Vertraulichkeitspflicht der Ratsmitglieder und bewertet die Veröffentlichung als gravierenden Verstoß, möglicherweise sogar als Straftat. Er empfiehlt, eine Anzeige gegen Unbekannt zu erstatten. Abschließend appelliert er an die Mitglieder, vertrauliche Informationen verantwortungsvoll zu behandeln, um Schäden für das Klinikum und andere Bereiche zu vermeiden.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, bittet die Mitglieder der CDU-Fraktion um Entschuldigung, da er sie im Eifer des Gefechts als „rechte Partei“ bezeichnet hatte. Er erkennt, dass diese Formulierung unangemessen und nicht hilfreich für eine sachliche Debatte ist. Des Weiteren betont er, dass das demokratische Spektrum trotz inhaltlicher Unterschiede zusammenstehen sollte und solche Wortspielereien eher spaltend wirken. Er bedauert den Fehler ausdrücklich und möchte, dass die Entschuldigung im Protokoll festgehalten wird. Zudem erklärt er, dass ein solcher Vorfall in Zukunft vermieden werden soll.

Stadtrat Dr. Brozowski berichtet, dass seine Fraktion kürzlich das Studierendenprojekt „Mitte“ in der Ferdinand-von-Schill-Straße 3 besucht hat. Das Projekt bietet Workshops, Coworking, kulturelle Veranstaltungen und offene Räume für eigene Ideen. Das Motto lautet: „Chillen ohne Kaufen – dein urbanes Wohnzimmer in Dessau-Roßlau.“ Die Räumlichkeiten werden derzeit durch die DWG für etwa 800 Euro monatlich vermietet, finanziert durch ZIZ-Fördermittel, die nun wegfallen. Dadurch sei das Projekt gefährdet.

Er stellt drei Fragen an die Verwaltung:

1. Gab es einen direkten Austausch zwischen Stadt und den Projektverantwortlichen?
2. Gibt es Möglichkeiten, gemeinsam mit der DWG eine Lösung zur finanziellen Entlastung zu finden, etwa durch Übernahme oder Erlass der Mietkosten?
3. Wie können Projekte wie „Mitte“ – als Beispiel für niederschwellige Beteiligungsformate – in das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) integriert werden, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und Teilhabe zu ermöglichen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bestätigt die Aussagen von Herrn Dr. Brozowski und erläutert, dass das Projekt Teil des ZIZ-Programms ist. Die Stadt vermietet Räume vergünstigt weiter, teils gefördert über Hochschulprojekte, deren Förderung nun endet. Eine Fortführung erfordert politische Beschlüsse und finanzielle Rahmenbedingungen, z. B. bei regulärer Miete von ca. 800 Euro. Er verweist auf Rückmeldungen bei der Abschiedsveranstaltung der „jungen Stadtmacher“ und auf erfolgreiche Verstetigungen ähnlicher Projekte in anderen Städten durch politische Unterstützung. Eine Absicherung wäre über die Mittelstandsförderrichtlinie denkbar. Projekte sollen sich langfristig selbst tragen, auch über gemeinwohlorientierte Modelle (z. B. „Kasse des Vertrauens“). Politische Beschlüsse sind notwendig, etwa zur Einrichtung eines Fonds für institutionelle oder projektbezogene Förderung.

Herr Stadtrat Dr. Brozowski dankt Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck für die ausführliche Antwort und kündigt an, die Einschätzungen in die Fraktion zur weiteren Beratung mitzunehmen.

Er zeigt sich enttäuscht über den Stillstand beim Thema Gestaltungsbeirat, das trotz mehrfacher Ansprache bislang ohne Ergebnis geblieben sei. Die Liste der vorgeschlagenen Mitglieder sei den Ratsmitgliedern erst einen Tag vor der letzten Ratssitzung übermittelt worden. Damals sei ihm auf Nachfrage mitgeteilt worden, dass das Thema in der heutigen Sitzung behandelt werde. Nun soll es aber eine angekündigte Vorlage für den nächsten Bauausschuss geben. Er hofft auf eine zeitnahe Behandlung im Stadtrat. Seine Fraktion habe parallel eine eigene Vorlage erarbeitet. Abschließend appelliert er an die Verwaltung, den Gestaltungsbeirat endlich arbeitsfähig zu machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass die Beschlussvorlage zur Berufung des Gestaltungsbeirats in seiner Dienstberatung behandelt wurde und voraussichtlich noch vor der Sommerpause dem Stadtrat vorgelegt wird. Er erinnert daran, dass das Thema mehrfach im Gremium diskutiert wurde und die gültige Gestaltungssatzung klare Vorgaben zur Zusammensetzung des Beirats enthält. Ein zwischenzeitlich bestehender Klärungsbedarf sei nun ausgeräumt und die Ratsmitglieder entsprechend informiert worden. Damit seien die Voraussetzungen geschaffen, den Beirat arbeitsfähig zu machen und offiziell zu berufen.

Frau Brösner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, lobt die gelungene Eröffnung des Spielplatzes an der Friederikenschule und äußert in diesem Zusammenhang Sorge über die Spiel- und Wohnsituation an der Scheibe Süd. Dort spielen viele Kinder unter gefährlichen Bedingungen auf der Straße, da es hinter dem Gebäude nur einen Parkplatz gebe. Sie fragt nach dem Stand der Spielplatzfortschreibung, insbesondere für das Jahr 2024, und ob Planungen für einen Spielplatz in diesem Bereich existieren. Aufgrund der kritischen Lage kündigt sie an, sich auch an die Spielplatzinitiative zu wenden, und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün, antwortet, dass der Standort Scheibe Süd im Rahmen der Spielplatzkonzeption 2018 untersucht wurde. In der Nähe befänden sich ein Aktivspielfeld im Stadtpark und ein Bolzplatz am Friederikenplatz, die als ausreichend für ältere Kinder gelten. Für kleinere Kinder fehle es an geeigneten städtischen Flächen, da die Grundstücke überwiegend in Wohnungseigentum seien. Vor einigen Jahren habe sie bereits Kontakt zu Eigentümern aufgenommen, um über ein Spielangebot zu sprechen. Der Standort Scheibe Süd sei daher nicht Teil der städtischen Aufgaben in der Spielplatzfortschreibung. Es bestehe jedoch eine enge Zusammenarbeit mit der Spielplatzinitiative. Zudem werde die Mühleninsel als künftiger innerstädtischer Freizeit- und Spielbereich ausgebaut, auch mit Wirkung für das genannte Wohnquartier.

Herr Marahrens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verweist auf die Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) vom Oktober 2024 und die seit April 2025 geltende

Verwaltungsvorschrift, die neue Verkehrsregelungen rechtssicher ermöglicht. Ziel der Novelle sei es, Gesundheits-, Klima- und Umweltschutz sowie städtebauliche Entwicklungen stärker zu berücksichtigen. Künftig können Beschränkungen des fließenden Verkehrs auch ohne besondere Gefahrenlage angeordnet werden, etwa Radfahrstreifen, Fahrradstraßen oder Tempo-30-Zonen auf Vorfahrtstraßen. Er nennt die Ziebigker Straße als konkretes Beispiel, bei dem nun eine Tempo-30-Anordnung rechtlich möglich sei. Da sich Verwaltung, politische Gremien und Bürgerschaft mehrheitlich dafür ausgesprochen hätten, fordert er die sofortige Umsetzung der Maßnahme. Ein erneuter Beschluss im Gremium sei nicht nötig, da die neue Rechtslage den Kommunen die Entscheidungskompetenz direkt zuweist.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, bestätigt, dass die Novelle bereits im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt thematisiert wurde und neben der Ziebigker Straße auch andere Straßen betroffen sein könnten. Man habe die Inkraftsetzung der Verwaltungsvorschrift abgewartet. Nun werde die untere Straßenverkehrsbehörde gemeinsam mit dem Ausschuss die Rechtslage, den zeitlichen Fahrplan und die Priorisierung der Maßnahmen abstimmen. Er betont, dass die Umsetzung kein Automatismus sei, aber nun mit Nachdruck geprüft und vorbereitet werde. Die Ziebigker Straße stehe dabei ausdrücklich mit auf der Agenda.

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, erinnert an den 25. Jahrestag des Mordes an Alberto Adriano, der am 11. Juni 2000 von Neonazis in Dessau tödlich angegriffen wurde. Am 11. Juni findet ab 14 Uhr eine Gedenkveranstaltung am Bauhausmuseum mit Podiumsdiskussion und ab 17:30 Uhr eine Filmvorführung im Kiezkino zum Angriff in Rostock-Lichtenhagen 1992 statt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, weist auf die Ehrenamtskarte hin, deren Partnerliste derzeit noch auf Sommer 2023 aktualisiert ist und einen fehlerhaften Verweis auf das Kurt-Weill-Fest 2022 enthält. Er bittet um ein schriftliches Update zur Entwicklung der Karte seit 2019 und wirbt dafür, um mehr Beteiligung zu fördern. Außerdem dankt er Frau Kuhnt für ihr Engagement.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, erkundigt sich nach der Wiedereröffnung der seit längerem unbesetzten Tourist-Information in Roßlau. Viele Bürger seien darüber verärgert und äußern ihren Frust in der nahegelegenen Bibliothek. Er bittet um einen Lösungsvorschlag oder eine zeitliche Aussage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Touristikinformation in der Zuständigkeit der Stadtmarketinggesellschaft liegt und die Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Herr Jakob Uwe Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, weist darauf hin, dass seine Anfrage zur Akteneinsicht in die Klinikunterlagen aus dem letzten Hauptausschuss unbeantwortet blieb. Er beantragt erneut im Namen der Fraktion

ABV die Gewährung der Akteneinsicht, bittet um Aufnahme ins Protokoll und um kurzfristige Terminbenennung.

Er erinnert daran, dass Ortschaftsratsbeschlüsse gesetzlich geregelt sind und nicht die Verwaltung über deren Weiterbehandlung entscheidet. Zukünftige Beschlüsse sollen gesetzeskonform im Stadtrat oder den zuständigen Ausschüssen behandelt werden, ebenso die korrekte Eintragung der Beratungsfolge.

Außerdem spricht er die Straßenquerung der B185 an der Orangeriestraße an. Kinder müssten am Wochenende den Spielplatz in Mosigkau überqueren, doch die Ampel sei an Wochenenden ausgeschaltet. Er bittet, sie am Wochenende von 8 bis 18 Uhr einzuschalten, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Umgang mit Ortschaftsratsvorlagen in der Kommunalverfassung und Hauptsatzung klar geregelt sei. Die Oberbürgermeister-Dienstberatung diene der Vorbereitung und Beratung der Verwaltungsstellungnahme, ohne die Anträge zu ändern. Es handelt sich dabei nicht um ein antidemokratisches Verhalten, sondern um qualitätsvolle Arbeit.

Herr Kaßner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ergänzt, dass bei dem Bericht des Oberbürgermeisters der jüngsten Ereignisse die CSD-Aktionswoche vom 9. bis 17. Mai in Dessau-Roßlau fehlte. Mit über 14 Veranstaltungen, darunter Führungen, Lesungen, Filmvorführungen und der CSD-Demonstration mit über 600 Teilnehmenden, sei sie ein Erfolg gewesen. Er dankt Polizei und Ordnungsamt für die Absicherung und lobt die Organisation.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, äußert sich zur Spielplatzsituation am Schlossplatz. Die bisherigen Antworten bezögen sich auf Eigentümer, wie die DWG, die verantwortlich seien. In der aktuellen Spielplatzkonzeption sei keine spezielle Lösung vorgesehen. Sie weist darauf hin, dass viele Familien dort drei bis vier Kinder haben, was das gemeinsame Spielen auf einem Spielplatz erschwere. Dennoch bewertet sie die Lage als relativ günstig und schlägt eine pragmatische Herangehensweise vor, wie von Herrn Adamek oft gefordert: „einfach mal machen“. Sie beschreibt einen eingezäunten Bereich hinter der Scheibe Süd, auf dem sich ein Spielplatz befindet. Sie plädiert für praktische Lösungen und mehr Flexibilität und bittet den DWG-Aufsichtsrat, sich für die Umsetzung einzusetzen.

Herr Kellner, Fraktion CDU, weist darauf hin, dass Fachausschüsse für solche Themen zuständig sind und kritisiert, dass die Spielplatzinitiative und -konzeption nur am Rande erwähnt werden. Er warnt vor Umschichtungen, da die Spielplätze in den Vororten vernachlässigt werden könnten, und fordert eine Kostenprüfung im Fachausschuss. Spielgeräte seien teuer aufgrund der notwendigen TÜV-Prüfungen. Abschließend betont er, dass Bewohner in Mildensee ihre Kinder auch ohne perfekte Wege sicher zu den Spielplätzen bringen können.

Herr Stadtrat Schönemann erklärt, dass die Spielplatzsituation bereits vor Jahren diskutiert wurde und zur Novellierung der Spielplatzkonzeption führte. Er schlägt vor,

diese erneut zu überarbeiten, um aktuelle Bedürfnisse und Entwicklungen zu berücksichtigen. Das Konzept müsse ganzheitlich die Stadt und Quartiere betrachten, da sich Strukturen ändern. Er ist zuversichtlich, dass eine Aktualisierung möglich ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass der Spielplatz in der Zerbster Straße zum Kindertag am 1. Juni wiedereröffnet wird. Er bedankt sich bei den Mitarbeitenden des Referats Stadtgrün. Damit gibt es neben dem Friederikenplatz und Stadtpark einen weiteren nutzbaren Spielplatz.

Frau Stadträtin Richter stellt klar, dass sie keinen Appell zur Änderung der Spielplatzkonzeption gab. Sie fordert lediglich einen Zaun auf der DWG Fläche, damit ältere Kinder auf die Jüngeren aufpassen können sowie und eine kostengünstige Lösung ohne hohe Investitionen. Sie betont die Verantwortung der DWG und die Gefährlichkeit der aktuellen Situation.

Herr Stadtrat Adamek erinnert, dass die Spielplatzkonzeption bereits im Bauausschuss diskutiert wurde und schlägt vor, zukünftige Entscheidungen und Diskussionen in den Fachausschüssen zu führen. Er ist sicher, dass die Konzeption dieses Jahr nicht novelliert wird.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erinnert an eine Anzeige wegen des Verbrennens eines Weihnachtsbaums, zu der ursprünglich zwei DIN A4-Seiten verfasst wurden. Er lobt den Sinneswandel, das Feuer als Brauchtumsfeuer zu genehmigen und bittet um die Übermittlung der Antwort an den Anzeigeersteller, da der Ortschaftsrat Anspruch auf diese Information hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass hierfür kein automatischer Anspruch besteht.

Der Stadtratsvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:46 Uhr und stellt Nichtöffentlichkeit her.

9 Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer